

Landkreis Ravensburg

den 17. Nov. 2015

Niederschrift

über die Sitzung des Verwaltungsausschusses
am 13.10.2015 im Jobcenter, Sauterleutestr. 34, 88250 Weingarten, Sitzungssaal Raum 009

Dauer 15:00 Uhr bis 19:05 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 20 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers,

stellvertr. Vorsitzende/r

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

Herr Elmar Buemann,
Herr Rolf Engler,
Herr Hans-Jörg Henle,
Herr Axel Müller,
Herr Dr. Daniel Rapp,
Herr Volker Restle,
Herr Robert Stützele,

FWV

Herr Jochen Fischinger,
Herr Rainer Magenreuter,
Herr Bernhard Schultes,
Herr Oliver Spieß,

Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Siegfried Spangenberg,
Herr Dr. Ulrich Walz,
Herr Roland Zintl,

in Vertretung für KR Lucha

in Vertretung für KRin Dr. Brehm

SPD

Herr Rudolf Bindig,
Herr Rainer Marquart,

ÖDP

Herr Siegfried Scharpf,

FDP

Herr M. A. Daniel Gallasch,

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Herr Franz Baur,
Herr Peter Brecht,
Herr Gerd Hägele,
Herr Peter Hagg,
Herr Klaus Preisinger,
Frau Diana E. Raedler,
Herr Georg Rupp,
Frau Sybille Schuh,
Herr Walter Sieger,

Dezernent Kreiskämmerei
Amtsleiter Verkehrsamt
Dezernent Recht, Ordnung und Verkehr
Amtsleiter Prüfungsamt
Amtsleiter Amt für Migration und Integration
Dezernentin Arbeit und Soziales
Dezernent Haupt- und Schulverwaltung
Amtsleiterin Finanzverwaltung
Dezernent Bauen, Wald und Umwelt

Gäste

Herr Jürgen Löffler,

zu TOP 2

Abwesend:

CDU

Herr Josef Köberle,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Dr. Margret Brehm,
Herr Manfred Lucha, MdL,

wird von KR Zintl vertreten

wird von KR Spangenberg vertreten

Die Linke

Herr Wolfgang Nippe,

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung
2. VE/005/2015
Teilfortschreibung des Nahverkehrsplans - Barrierefreiheit -
3. VE/007/2015
Erhalt der Schieneninfrastruktur im Landkreis - Bezuschussung von kommunal betriebenen Bahnstrecken (Verlängerung)
4. VE/008/2015
Bodensee-Oberschwaben-Bahn (BOB)
Verlängerung Zuschussgebervertrag
5. FIN/045/2015
PRO REGIO Oberschwaben Gesellschaft für Landschaftsentwicklung mbH - Jahresabschluss 2014
6. FIN/049/2015
Genehmigung von Spenden
7. FIN/057/2015
Kreishaushalt 2016 - Eckpunkte für den HH-Entwurf
8. Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

9. FIN/046/2015
Jahresabschluss 2014 - Landkreis Ravensburg

10. FIN/047/2015
Liquiditätsdarlehen für die Ravensburger Wertstoffergesellschaft mbH (RaWEG)

11. IKP/066/2015
Kaufangebot der Postbaugenossenschaft zum Gebäude Sauterleutestraße 34 in Weingarten

12. IKP/062/2015 mit Anlage 3, IKP/062/2015/1
Asylbewerberunterbringung - Status und weitere Strategie

13. Mitteilungen und Anfragen

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses wurden am 07.10.2015 zu dieser Sitzung eingeladen.

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

Er verweist auf die im späteren Sitzungsverlauf noch eintreffenden Sitzungsunterlagen (Zuvorlage IKP/062/2015/1 sowie Anlage 3 zur Vorlage IKP/062/2015) und kündigt eine Ergänzung der Tagesordnung an:

TOP 12.1: Notunterkünfte: „Vereinbarung über den Betrieb der „Burachhalle“ und weitere Vereinbarungen“.

Gegen diese Erweiterung werden keine Einwände vorgebracht.

Die Ausschussmitglieder äußern keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Anmerkung der Schriftführung:

Die geänderte Tagesordnung liegt dieser Niederschrift als Anlage 1 bei.

KR Spangenberg vermisst die Behandlung der Teile 3 und 4 des Antrags der Grünen-Fraktion vom 20.07.2015 zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern (wurde vom Kreistag am 21.07.2015 zur weiteren Beratung in den Verwaltungsausschuss verwiesen).

Der Vorsitzende informiert, dass die gerade erwähnten Unterlagen, die unter TOP 12 ausgeteilt werden sollen, eben diese Thematik betreffen. Unter diesem Punkt werde er auf den Antrag der Grünen-Fraktion eingehen.

Öffentliche Sitzung

1. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

KR Bindig teilt mit, dass er mit der neuen Form der Protokollierung nicht einverstanden sei und verweist auf die in der folgenden Woche vorgesehene Besprechung der Fraktionsvorsitzenden zu dieser Thematik.

Ansonsten gibt es zum Protokollentwurf der Sitzung am 16.07.2015 keine Änderungswünsche.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

2. Teilfortschreibung des Nahverkehrsplans - Barrierefreiheit - (VE/005/2015)

Herr Löffler stellt die Lösungsansätze zur Verbesserung der ÖPNV-Barrierefreiheit im ländlichen Raum vor dem Hintergrund der Finanzierungsrealität mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

KR Bindig verweist auf den entsprechenden Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom Dezember 2014 und tauscht sich mit Herrn Brecht über die Zeitschiene, die Kostenträgerschaft, die eventuelle Auflegung eines Förderprogrammes des Landkreises und die finanziellen Auswirkungen auf die einzelnen Haushaltsjahre 2015, 2016 und 2017 ff aus.

KR S. Scharpf sucht nach kostengünstigen technischen Vorrichtungen, um die Barrierefreiheit herzustellen und schlägt einen Ideenwettbewerb vor.

Herr Löffler und Herr Brecht beantworten die Fragen von KR Gallasch zur Gesamtzahl der betroffenen Haltestellen, zu den jeweiligen Eigentumsituationen und zur Kalkulation der Umsetzungs- und Planungskosten.

KR Henle fordert eine realistische Einschätzung und bezeichnet die Umsetzung der Barrierefreiheit im Nahverkehr als „Generationenaufgabe“.

Beschlussentwurf:

Der Verwaltungsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Teilfortschreibung des aktuellen Nahverkehrsplans aufgrund der gesetzlichen Vorgaben zur Barrierefreiheit zu erarbeiten und nach Fertigstellung den Kreisgremien zur (Vor-)Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

3. Erhalt der Schieneninfrastruktur im Landkreis - Bezuschussung von kommunal betriebenen Bahnstrecken (Verlängerung) (VE/007/2015)

Auf Nachfrage von KR Stütze kündigt der Vorsitzende an, verwaltungsintern nochmals abzustimmen, dass bei der Erstellung von Sitzungsvorlagen unter dem Abschnitt III. die finanziellen Auswirkungen eines Beschlusses umfassend dargestellt werden müssen, unabhängig vom jeweiligen Haushaltsjahr. Nur so könne eine aussagekräftige und nachvollziehbare Aussage getroffen werden.

Beschlussentwurf:

Der Verwaltungsausschuss stimmt der weiteren Unterstützung zum Erhalt der Bahnstrecken Rossberg – Bad Wurzach in Höhe von 6.000 €/Jahr und Altshausen - Pfullendorf in Höhe von 3.000 €/Jahr für einen Zeitraum von 5 Jahren zu.

Die Verwaltung wird zum Abschluss entsprechender Verträge / Vereinbarungen ermächtigt.

KR Stütze möchte bei der Bahnstrecke Rossberg – Bad Wurzach eine andere Aufteilung zwischen Landkreis und Gemeinde und stellt den **Antrag**, die im Beschlussentwurf vorgesehenen 6.000 € auf **8.200 €** zu erhöhen.

Antrag von KR Stütze:

Der Verwaltungsausschuss stimmt der weiteren Unterstützung zum Erhalt der **Bahnstrecke Rossberg-Bad Wurzach** in Höhe von **8.200 €/Jahr** für einen Zeitraum von 5 Jahren zu.

Beratungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen (4 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen)

Modifizierter Beschlussentwurf (nach Antrag von KR Stütze):

Der Verwaltungsausschuss stimmt der weiteren Unterstützung zum Erhalt der Bahnstrecken Rossberg – Bad Wurzach in Höhe von 8.200 €/Jahr und Altshausen - Pfullendorf in Höhe von 3.000 €/Jahr für einen Zeitraum von 5 Jahren zu.

Die Verwaltung wird zum Abschluss entsprechender Verträge / Vereinbarungen ermächtigt.

Beratungsergebnis: einstimmig **modifiziert** beschlossen

4. Bodensee-Oberschwaben-Bahn (BOB)

Verlängerung Zuschussgebervertrag (VE/008/2015)

Beschlussentwurf:

Der Verwaltungsausschuss stimmt der Verlängerung des Vertrags über die Betriebsdurchführung der Bodensee-Oberschwaben-Bahn (BOB) auf dem Abschnitt Ravensburg-Aulendorf entsprechend dem vorliegenden 3. Nachtragsvertrag zu.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

5. PRO REGIO Oberschwaben Gesellschaft für Landschaftsentwicklung mbH - Jahresabschluss 2014 (FIN/045/2015)

KR Bindig tauscht sich mit Frau Meschenmoser über den Zusammenhang des Jahresabschlusses 2014 der PRO REGIO mit TOP 9 der heutigen Sitzung (Jahresabschluss 2014 des Landkreises Ravensburg) aus.

Beschlussentwurf:

Herr Landrat Harald Sievers wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der PRO REGIO GmbH seine Zustimmung zu folgenden Entscheidungen zu erteilen:

1. Der Jahresabschluss 2014 mit einem Jahresfehlbetrag von 6.931,89 € und einer Bilanzsumme von 358.612,46 € wird festgestellt.
2. Der im Jahresabschluss ausgewiesene Jahresfehlbetrag 2014 in Höhe von 6.931,89 € wird aus dem Gewinnvortrag der Vorjahre abgedeckt.
3. Der Geschäftsführerin Frau Christine Funk wird Entlastung erteilt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

6. Genehmigung von Spenden (FIN/049/2015)

Beschlussentwurf:

Der Verwaltungsausschuss stimmt der Annahme der Spende zu.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

7. Kreishaushalt 2016 - Eckpunkte für den HH-Entwurf (FIN/057/2015)

Der Vorsitzende führt in die Thematik ein.

Herr Baur stellt die Eckpunkteplanung und den Beschlussentwurf mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

KR Spangenberg informiert über eine für heute anberaumte Gesprächsrunde zwischen der Landesregierung und dem Landkreistag, in deren Rahmen über eine Spitzabrechnung für die Asylbewerber beraten werden solle. Dies könne ggf. zu einer deutlichen Entlastung des Kreishaushalts führen.

KR Dr. Walz spricht sich für die Beschlussvariante 1 aus, obgleich damit eine weitere Belastung für die Kommunen geschaffen werde.

KR Spieß kritisiert die Landes- und Bundespolitik und fordert mehr Fairness in den politischen Verhandlungen. Er bringt eine Variante 4 ins Spiel, die eine Beibehaltung des bisherigen Kreisumlagesatzes vorsieht.

KR Henle greift die Überlegungen zur Entwicklung der Kreisumlage in der letzten Haushaltssitzung auf und erinnert an die jahrelange Bereitschaft der Städte und Gemeinden, dem Landkreis mehr zuzustehen, als für eine generationengerechte und nachhaltige Finanzpolitik notwendig gewesen wäre. Aber jetzt sei der Moment gekommen, dem Bund und dem Land zu signalisieren, dass die Kommunen nicht alles stemmen können.

Der Vorsitzende hinterfragt die Definition von „Nachhaltigkeit“ und gibt zu bedenken, dass es mehrere Ansätze gibt, um diese zu beurteilen oder zu bemessen.

KR Dr. Rapp hält den strategischen Prozess dieses Tagesordnungspunktes für sehr sinnvoll. Angesichts der bevorstehenden Anschlussunterbringung müssten sich die Städte und Gemeinden nun solidarisieren und den Druck wieder nach oben geben.

KR Magenreuter befürwortet ebenfalls die Beibehaltung des bisherigen Kreisumlagesatzes.

Auf Wunsch von KR Dr. Rapp stellt der Vorsitzende in Aussicht, eine Brutto-Darstellung der Einnahmen im Flüchtlingswesen nachzuliefern.

Anmerkung der Schriftführung:

Die Darstellung der Einnahmen im Flüchtlingswesen liegt diesem Protokoll als Anlage 2 bei.

KR A. Müller überlegt, bei welchem Kreisumlagesatz die Schuldenobergrenze von 100 Mio. € gerade noch gehalten werden kann.

Herr Baur möchte hierzu keine Schätzwerte in den Raum stellen.

KR Bindig weist darauf hin, dass der Kreistag jedes Jahr aufs Neue über die Höhe der Kreisumlage im jeweiligen Haushaltsjahr beschließen kann.

KR S. Scharpf plädiert für eine Schuldenaufnahme, um eine transparente und saubere Zuordnung der Kosten für die Flüchtlingsunterbringung zu erreichen.

Auf Nachfrage von KR Marquart teilt Herr Baur mit, dass die Kreisumlage des Landkreises Ravensburg ungefähr im Landesdurchschnitt liege; im Regierungsbezirk würde sich Ravensburg am oberen Rand befinden.

Der Vorsitzende beschreibt zwei Alternativen des weiteren Vorgehens:

- Beschlussfassung in dieser Sitzung über die grundlegende Strategieentscheidung für die Erstellung des Haushaltsentwurfes oder
- Vertagung – fraktionsinterne Beratungen – Entscheidung in einer Sondersitzung des Verwaltungsausschusses

Beschlussentwurf:

Variante 1 – Stopp einer weiteren Verschuldung des Landkreises

Der Entwurf des Haushalts 2016 wird von der Verwaltung so aufgestellt, dass die Gesamtverschuldung des Landkreises gegenüber dem aktuellen Hochrechnungsstand zum Ende des Jahres 2015 nicht weiter steigt. Dies bedeutet, dass der Haushaltsentwurf einmalig für das Jahr 2016 einen erhöhten Kreisumlagesatz von 36,9 % (statt aktuell 32,5 %, bisher für 2016 geplant 33,5 %) und eine ausschließliche Finanzierung der Investitionen über den Zahlungsmittelüberschuss und über eine Entnahme aus der Liquiditätsreserve vorsehen wird.

Variante 2 – keine Erhöhung der Kreisumlage über die Planung hinaus

Der Entwurf des Haushalts 2016 wird von der Verwaltung so aufgestellt, daß sich der Kreisumlagesatz gegenüber dem in der beschlossenen mittelfristigen Finanzplanung für das Jahr 2016 vorgesehenen Satz von 33,5 % nicht erhöht. Dies bedeutet, daß der Haushaltsentwurf eine weitere Zunahme der Gesamtverschuldung des Landkreises gegenüber dem aktuellen Hochrechnungsstand zum Ende des Jahres 2015 um 12,2 Millionen Euro auf dann 91,3 Millionen Euro und eine Finanzierung der Investitionen nicht nur über den Zahlungsmittelüberschuss und über eine Entnahme aus der Liquiditätsreserve, sondern auch über erhebliche zusätzliche Kredite vorsehen wird.

Variante 3 – Abmilderung durch Umschichtungen im Investitionshaushalt

Der Entwurf des Haushalts 2016 wird von der Verwaltung entsprechend der Variante ... (1 oder 2)... aufgestellt. Zur Abmilderung des Anstiegs der Verschuldung bzw. der einmaligen Kreisumlagesteigerung werden von der Verwaltung für den Haushaltsentwurf für die Investitionsbudgets „berufliche Schulen/Sonderschulen“ und „Kreisstraßen“ neue Maßnahmelisten erarbeitet, die in der Summe nicht über folgenden reduzierten Gesamtinvestitionsansatz hinausgehen:€.

KR Spangenberg stellt den **Antrag**:

Die Thematik wird vertagt, eine Sondersitzung des Ausschusses für die folgende Woche wird anberaunt.

Beratungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt (6 Ja-Stimmen)

KR Spieß stellt den **Antrag**:

Variante 4 – Die Kreisumlage wird bei 32,5 % belassen.

Beratungsergebnis: mehrheitlich **modifiziert** beschlossen (6 Gegenstimmen)

8. Mitteilungen und Anfragen

Bestellung eines ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten

KR Spangenberg hinterfragt das Verfahren zur Personalauswahl. Er vermisst eine Bewerbervorstellung im Sozialausschuss oder im Verwaltungsausschuss.

Frau Raedler führt aus, dass die Stelle eines Kreisbehindertenbeauftragten im Ehrenamt gemäß dem Beschluss des Kreistages am 12.03.2015 und nach Vorlage der entsprechenden Verwaltungsvorschrift des Landes in Form eines Interessenbekundungsverfahrens ausgeschrieben wurde. Es seien mehrere Bewerbungen eingegangen. Die Auswahlgespräche seien unter Beteiligung von Vertretern der Kreistagsfraktionen und weiterer Gremien erfolgt. Im Ergebnis habe man sich auf einen Bewerber verständigt. Dieser werde sich dem Kreistag in der Novembersitzung vorstellen (ohne Vorberatung in einem Ausschuss).

KR Spangenberg ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Verwaltungsausschuss am 13.10.2015:
Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

9. Jahresabschluss 2014 - Landkreis Ravensburg (FIN/046/2015)

Beschlussentwurf:

Der als Bericht vorliegende Jahresabschluss 2014 (Anlage 1) des Landkreises Ravensburg wird vom Kreistag gemäß § 95 b Gemeindeordnung (GemO) i.V.m. § 48 Landkreisordnung (LKrO) wie folgt festgestellt:

- 1.1 Die Bilanzsumme zum 31.12.2014 beträgt 334.823.287 €.
- 1.2 Das im Jahresabschluss 2014 ausgewiesene ordentliche Ergebnis in Höhe von 27.420.091 € wird in voller Höhe der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.
- 1.3 Der im Jahresabschluss 2014 ausgewiesene außerordentliche Fehlbetrag in Höhe von 18.849.423 € wird gedeckt durch:
 - die Entnahme aus der „Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses“ in Höhe von 266.729 € und durch die
 - Verrechnung mit dem Basiskapital in Höhe von 18.582.694 €.
- 1.4 Den überplanmäßigen / außerplanmäßigen Ausgaben wird zugestimmt.
- 1.5 Der Prüfungsbericht des Prüfungsamts wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis: einstimmig empfohlen

10. Liquiditätsdarlehen für die Ravensburger Wertstoffergesellschaft mbH (Ra-
WEG) (FIN/047/2015)

Beschlussentwurf:

Der Landkreis gewährt der Ravensburger Wertstoffergussungsgesellschaft mbH (RaWEG) ein Liquiditätsdarlehen zu den Konditionen des Vertragsentwurfs.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

11. Kaufangebot der Postbaugenossenschaft zum Gebäude Sauterleutestraße 34 in Weingarten (IKP/066/2015)

Beschlussentwurf:

Dem Kauf des Verwaltungsgebäudes Sauterleutestr. 34 in Weingarten zum Kaufpreis von 2.950.000 EUR wird zugestimmt.

Beratungsergebnis: einstimmig empfohlen

12. Asylbewerberunterbringung - Status und weitere Strategie (IKP/062/2015)

Beschlussentwurf:

1. Der Kreistag stimmt der dargestellten Strategie Unterbringung mit der Ergänzung um die Komponenten „Großraumunterkunft“ und „Notquartier“ zu.
2. Die kreiseigenen Sporthallen an den Berufsschulzentren in Ravensburg und Leutkirch werden ab sofort als Notquartiere eingesetzt.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, die im Jahr 2015 über den beschlossenen Stellenplan hinaus notwendigen Personalverstärkungen vorzunehmen.

Beratungsergebnis: einstimmig empfohlen

12.1 Notunterkünfte: Vereinbarung über den Betrieb der „Burachhalle“ und weitere Vereinbarungen (IKP/062/2015/1)

Beschlussentwurf:

1. Der Verwaltungsausschuss stimmt dem Abschluss der als Anlage beigefügten Dienstleistungsvereinbarung mit dem DRK Kreisverband Ravensburg e.V. über den Betrieb der Notunterkunft „Turnhalle des beruflichen Schulzentrums Ravensburg (Burachhalle)“ zu.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, gleichlautende Verträge über den Betrieb weiterer Notunterkünfte in Leutkirch und Bad Waldsee abzuschließen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

Schriftführerin

Eva Weeber

Kreisräte

Rainer Marquart

Robert Stütze

**Sitzung des Verwaltungsausschusses
am Dienstag, dem 13.10.2015, 15:00 Uhr,**

Ort: Jobcenter, Sauterleutestr. 34, 88250 Weingarten, Sitzungssaal Raum 009

Erweiterte Tagesordnung

ö f f e n t l i c h

1. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten des Verkehrsamtes

2. VE/005/2015
Teilfortschreibung des Nahverkehrsplans - Barrierefreiheit -
3. VE/007/2015
Erhalt der Schieneninfrastruktur im Landkreis - Bezuschussung von kommunal betriebenen Bahnstrecken (Verlängerung)
4. VE/008/2015
Bodensee-Oberschwaben-Bahn (BOB)
Verlängerung Zuschussgebervertrag

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

5. FIN/045/2015
PRO REGIO Oberschwaben Gesellschaft für Landschaftsentwicklung mbH -
Jahresabschluss 2014
6. FIN/049/2015
Genehmigung von Spenden
7. Mitteilungen und Anfragen

nichtöffentlich

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

8. FIN/057/2015
Kreishaushalt 2016 - Eckpunkte für den HH-Entwurf

9. FIN/046/2015
Jahresabschluss 2014 - Landkreis Ravensburg

10. FIN/047/2015
Liquiditätsdarlehen für die Ravensburger Wertstoffergänzungsgesellschaft mbH (RaWEG)

Angelegenheiten des IKP

11. IKP/066/2015
Kaufangebot der Postbaugenossenschaft zum Gebäude Sauterleutestraße 36 in Weingarten

12. IKP/062/2015
Asylbewerberunterbringung - Status und weitere Strategie

- 12.1 IKP/062/2015/1**
Notunterkünfte: Vereinbarung über den Betrieb der "Burachhalle" und weitere Vereinbarungen

13. Mitteilungen und Anfragen

Mit freundlichen Grüßen

gez. Harald Sievers

Landrat

Anlage Nr. 2 zum Protokoll

Darstellung Erträge und Aufwendungen im Flüchtlingswesen, TOP 7

Stand 15.10.2015

Übersicht HH-Plan 2016 Asyl

Produktgruppe	Ertrag / Aufwand	Plan 2014	Ist 2014	Plan 2015	Plan 2016	Abweichung * = Entlastung * = Belastung
Erstunterbringung Hilfen für Flüchtlinge und Asylbewerber in Einrichtungen Verantwortl. Sozialamt (PG 31.30)	+Anztlige Flüchtlingspauschale	1.700.000 €	2.830.482 €	6.080.000 €	21.400.000 €	15.320.000 €
	+ sonstige Erstattungen	22.000 €	84.838 €	20.000 €	75.000 €	55.000 €
	- Hilfe zum Lebensunterhalt	1.600.000 €	2.723.635 €	4.950.000 €	15.475.000 €	10.525.000 €
	- Krankheitskosten	570.000 €	1.184.022 €	1.805.000 €	6.000.000 €	4.185.000 €
		450.000 €	982.337 €	655.000 €	-	665.000 €
	* Anztlige Flüchtlingspauschale (7.080.000 € + Spitzberechnung 2016: 275.382 €)	1.978.000 €	2.843.431 €	2.200.000 €	7.364.382 €	5.184.382 €
	- Personalaufwendungen	371.352 €	545.325 €	971.747 €	2.844.187 €	1.972.420 €
	- Sachaufwendungen und sonstiges	188.646 €	256.005 €	250.614 €	430.715 €	180.101 €
	- Aufwendungen für Betrieb der Unterkünfte (SO)	254.000 €	257.628 €	523.000 €	1.230.000 €	707.000 €
	- Haltung von Fahrzeugen	7.000 €	13.908 €	22.000 €	80.000 €	66.000 €
Gemeinschaftsunterkünfte Flüchtlinge und Asylbewerber inkl. Betrieb und Betreuung Verantwortl. Sozialamt (PG 31.40)	- Aufwendungen für Betreuungsdienstleistungen			367.000 €	852.000 €	485.000 €
	- Aufwendungen für Hausmeistendienstleistungen			160.000 €	1.940.000 €	1.180.000 €
	- Aufwendungen für Sprachkurse	207.000 €	170.747 €	75.000 €	325.000 €	252.000 €
	- Aufwendungen für Sozialprojekte			65.000 €	162.500 €	97.500 €
		949.993 €	1.390.820 €	222.381 €	-	222.381 €
	+ Anztlige Flüchtlingspauschale (8.050.000 € + Spitzberechnung 2016: 2.048.467 €)	bei PG 31.40 geplant		2.200.000 €	10.106.467 €	7.906.467 €
	+ Aktivier. Eigenleistungen	-	312.800 €	-	-	-
	- Personalaufwendungen (Aufteilung erst ab 2016)	239.082 €	387.664 €	911.430 €	597.800 €	105.797 €
	- Sachaufwendungen und sonstiges			207.833 €		
	Gemeinschaftsunterkünfte Flüchtlinge und Asylbewerber + Unterhaltung und Bau Verantwortl. Gebäudemanagement IGP (PG 31.40-22)	- Gebäudewartung / Anpassungsarbeiten	104.000 €	1.177.833 €	250.000 €	3.445.000 €
- Heizung		70.000 €	81.345 €	70.000 €	120.000 €	50.000 €
- Strom		104.500 €	152.825 €	250.000 €	400.000 €	150.000 €
- Abwasser/Wasser		42.000 €	43.116 €	112.000 €	130.000 €	18.000 €
- Miete		493.900 €	474.589 €	732.980 €	2.625.611 €	1.892.631 €
- Abschreibung Gebäude / Container		3.500 €	150.553 €	288.389 €	2.590.223 €	2.291.834 €
		1.056.992 €	2.142.825 €	414.799 €	-	414.799 €
		556.999 €	1.744.342 €	1.292.160 €	-	1.292.160 €
Gesamtsumme						

nachrichtlich

Produktgruppe	Ertrag / Aufwand	Plan 2014	Ist 2014	Plan 2015	Plan 2016	Abweichung " - " = Entlastung " - " = Belastung
Erstunterbringung Hilfen für Flüchtlinge und Asylbewerber in Einrichtungen Verantwortung: Sozialamt (PG 31.30) Zwischensumme Erstunterbringung	- Anteilige Personalaufwendungen (82,05 % anhand voraussichtlicher Fallzahlen) - Anteilige Sachaufwendungen (82,05 % anhand voraussichtlicher Fallzahlen) + sonstige Erlastungen	- 217.790 € - 102.445 € - 320.234,98 € 8.000 €	- 202.092 € - 117.973 € - 320.064,67 € 32.617 €	- 254.748 € - 125.356 € - 380.104,19 € 20.000 €	- 1.344.905 € - 246.708 € - 1.591.612,27 € 31.000 €	- 1.090.156 € - 121.352 € - 1.211.508 € 11.000 €
Anschlussunterbringung Hilfen für Flüchtlinge und Asylbewerber außerhalb Einrichtungen Verantwortung: Sozialamt (PG 31.30) Zwischensumme Anschlussunterbringung	- Anteilige Personalaufwendungen (17,95 % anhand - Anteilige Sachaufwendungen (17,95 % anhand - Hilfe zum Lebensunterhalt - Krankheitskosten	- 47.646 € - 22.412 € - 1.673.000 € - 135.000 € - 1.870.057,50 € - 2.190.292 €	- 44.211 € - 25.809 € - 1.678.876 € - 529.083 € - 2.245.361,63 € - 2.665.426 €	- 55.731 € - 27.424 € - 2.819.000 € - 560.000 € - 3.442.155,03 € - 3.822.259 €	- 294.224 € - 53.972 € - 3.731.000 € - 1.150.000 € - 5.198.195,49 € - 6.789.808 €	- 238.492 € - 26.548 € - 912.000 € - 590.000 € - 1.756.040 € - 2.967.549 €
Ordentliches Ergebnis PG 31.30 Gemeinschaftsunterkünfte Flüchtlinge und Asylbewerber inkl. Betrieb und Betreuung Verantwortung: Sozialamt (PG 31.40)	- Umlage Steuerung	- 23.083,20 €	- 34.523,74 €	- 54.620,42 €	- 155.361,52 €	- 100.741 €
Ordentliches Ergebnis PG 31.40 Gemeinschaftsunterkünfte Flüchtlinge und Asylbewerber - Unterhaltung und Bau Verantwortung: Gebäudemanagement IKP (PG 31.40-22)	- Kalkulatorischer Zins	- 350 €	- 70.639 €	- 184.770 €	- 445.706 €	- 280.936 €
Ordentliches Ergebnis PG 31.40-22 Es wird mit rd. 400 zusätzlichen Bedarfs- gemeinschaften durch Flüchtlinge gerechnet Verantwortung: Jobcenter (PG 31.20)	- zusätzliche Erlastungen - zusätzliche Personalkosten (5 Stellen) - Kosten der Unterkunft (60,4 % trägt Landkreis)	- 350 € - € - €	- € - € - €	- 184.770 € - € - €	- 445.706 € - 345.000 € - 345.000 € - 910.000 €	- 9.365.064 € - 345.000 € - 345.000 € - 910.000 €
Ordentliches Ergebnis PG 31.20 Versorgung von unbegleiteten Flüchtlingen und Kindertagesbetreuung Verantwortung: Jugendamt (PG 36.30 / 36.50)	- zusätzliche Personalkosten (3,25 Stellen) - Kinderlegetagesbetreuung	- € - €	- € - €	- € - €	- 910.000 € - 196.825 € - 180.000 €	- 910.000 € - 196.825 € - 180.000 €
Ordentliches Ergebnis PG 36.30 / 36.50 Personalservice	- zusätzliche Personalkosten (0,8 Stellen)	- €	- €	- €	- 50.543 €	- 50.543 €
Ordentliches Ergebnis PG 1121 Ausländeramt	- zusätzliche Personalkosten (0,5 Stellen)	- €	- €	- €	- 21.384 €	- 21.384 €
Ordentliches Ergebnis PG 1222		- €	- €	- €	- 21.384 €	- 21.384 €
Zusätzliche Aufwendungen		- 2.213.726 €	- 2.670.589 €	- 4.061.650 €	- 8.749.627 €	- 4.687.978 €
Investitionen						
Bewegliches Sachvermögen (PG 31.40)	Beschaffung von PKW / Transporter	- €	- €	- €	- 50.000 €	- 50.000 €
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	Charlottenstr. 47 , RV	- €	- 591.089 €	- 2.200.000 €	- 2.121.000 €	- 79.000 €
Ausszahlung für Hochbaumaßnahmen	Herstellung / Erschließung Container	- €	- 1.523.092 €	- 800.000 €	- 14.303.000 €	- 13.503.000 €
Ausszahlung für Hochbaumaßnahmen	Herstellung / Errichtung Gebäude	- 2.200.000 €	- 3.484.081 €	- 5.596.000 €	- 2.800.000 €	- 2.796.000 €
Investitionen im FinH		- 2.200.000 €	- 5.598.262 €	- 8.596.000 €	- 19.274.000 €	- 10.678.000 €